Dringlichkeitsantrag: Humanitäre Zugänge für Hilfslieferungen nach Gaza

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | Zohra Mojadeddi |
| Tagesordnungspunkt: | 9 Anträge |
| Status: | Zurückgezogen |

## Antragstext

Die deutsche Bundesregierung und auch wir Grüne haben zurecht die brutalen Terrorangriffe durch die Hamas und andere bewaffnete Gruppen am 7. Oktober 2023 verurteilt. Die Hamas hat abscheuliche Angriffe auf Zivilisten verübt und hält weiterhin zivile Geiseln fest. Diese und andere Handlungen verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht.

Die schrecklichen Angriffe am 7. Oktober und die Notwendigkeit, die Sicherheit israelischer Bürger:innen zu gewährleisten, haben dazu beigetragen, dass Deutschland Israels militärische Gegenreaktion weitestgehend vorbehaltlos politisch und militärisch unterstützt. Jedoch muss jede Unterstützung für Israel mit den gegebenen Vorgaben des internationalen Völkerrechts im Einklang stehen.

Nach sechs Monaten Krieg in Gaza sind 5% von 2,2 Millionen Einwohner:innen im Gaza Streifen entweder getötet, verletzt oder liegen unter den Trümmern der zu zwei Dritteln zerstörten Gebäude in Gaza.

Es herrscht Hungersnot im Gazastreifen. Die Vereinten Nationen warnen, dass mehr als 677.000 Bewohner:innen unmittelbar vom Hungertod bedroht sind – ein höherer Bevölkerungsanteil als irgendwo sonst auf der Welt.

Aufgrund der Zerstörung der zivilen Infrastruktur und der Zugangsbeschränkungen für humanitäre Güter fehlt es in Gaza an allem: an Lebensmitteln, sauberem Trinkwasser und dringend notwendigem medizinischen Bedarf.

Direkt nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 riegelte die ultrarechte Regierung unter der Führung von Benjamin Netanjahu den Gazastreifen komplett ab und erklärte ab dem 8. Oktober, dass Gaza keine Lebensmittel, kein Wasser, keinen Treibstoff und keinen Strom mehr erhalten soll.

Bereits seit dem Wahlsieg der Hamas 2006 unterlag Gaza einer Blockade, die dazu geführt hatte, dass bis zu 80% der Bevölkerung auf internationale Hilfe angewiesen waren. Alle Güter, die nach Gaza gebracht werden, unterliegen einer sehr restriktiv gehandhabten Einfuhrkontrolle und Genehmigung seitens Israels.

Während vor dem 7. Oktober täglich rund 500 LKWs mit Hilfslieferungen in den Gaza-Streifen kamen, sind es heute maximal 200 LKWs an einem Tag; es gab aber auch Wochen, an denen keinerlei Hilfe erfolgte. Die Produktion im Gaza-Streifen ist infolge des Kriegs fast ganz zum Erliegen gekommen, die Not angesichts der rund 1,7 Millionen Binnenvertriebenen größer denn je.

Trotz der vehementen Forderungen aus den USA und der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs, die Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza zu verbessern, kamen im Februar noch weniger Hilfslieferungen in Gaza an als im Januar diesen Jahres. Als Reaktion hierauf begannen die USA und Jordanien im März damit, Nahrungsmittelpakete aus der Luft in den Gazastreifen abzuwerfen und

einen temporären Hafen zu bauen. Deutschland beteiligt sich an den Hilfslieferungen per Luft und See.

Viele internationale Hilfsorganisationen halten diese Wege allerdings für ineffizient und wenig effektiv und beklagen den mangelnden Schutz für ihre Mitarbeitenden in Gaza. Sie sehen sich aufgrund der Kampfhandlungen und des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung nicht in der Lage, die Bedürftigen auch nur ansatzweise ausreichend zu versorgen.

Die israelischen Behörden haben laut UNRWA-Chef Philippe Lazzarini die Vereinten Nationen am 24. März darüber informiert, dass sie keine weiteren Lebensmittelkonvois der UNRWA in den nördlichen Gazastreifen genehmigen werden. Desweiteren werden die Transporte von Hilfsgütern und Lebensmittel an den Grenzen von bewaffneten israelischen Zivilisten und Siedlern an der Weiterfahrt behindert oder teilweise gar nicht durchgelassen.

Aufgrund von gezielten Tötungen von UN-Mitarbeiter:innen und der Mitarbeiter:innen von diversen international tätigen NGOs, wie z.B. von World Central Kitchen, haben fast alle NGOs ihre so wichtige lebensrettende Arbeit in Gaza beendet. Ihre Mitarbeiter:innen haben Gaza weitestgehend verlassen.

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte hat das Vorgehen Israels, wie auch das der Hamas, als Kriegsverbrechen eingestuft. Zwar räumt die Bundesregierung ein, dass die Lage katastrophal ist, sie scheint aber nicht anzuerkennen, dass diese Katastrophe ein von Menschen verursachtes Ereignis ist, und kein unvermeidbares oder unvorhersehbares Ereignis darstellt.

Die umfassende Zerstörung einer Gesellschaft, wie sie sich nun vor unseren Augen abspielt, ist jedoch mit der im Grundgesetz gefassten Verantwortung, für den Frieden zu wirken, nicht vereinbar.

Die Bundesregierung hat die Aufgabe, sich vehement für die universelle Anwendung des Völkerrechts und den Schutz der Menschenrechte einzusetzen – auch, wenn dies bedeuten sollte, das Verhalten der aktuellen israelischen Regierung zu verurteilen und zu sanktionieren. Die Bundesregierung sollte entschlossen Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen in Gaza ergreifen und für diejenigen auf beiden Seiten eintreten, die sich bisher für Frieden, Gleichheit und Würde eingesetzt haben und dies auch weiterhin tun.

- Wir Grüne in Hamburg setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Deutschland die Zahlungen an UNRWA im Gazastreifen mit sofortiger Wirkung wiederaufnimmt, genau wie andere europäische Staaten und Japan, u.a. auch weil es bis heute keine Beweise der israelischen Regierung für ihre Anschuldigungen gegen das UN-Hilfswerk gegeben hat.

- Wir setzen uns für eine umgehende und umfassende Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten sowie für Maßnahmen wie die Entsendung von Ärzt:innen, Sanitäter:innen, Medium Urban Search and Rescue Teams, Einsatzkräften des THW, I.S.A.R. Germany sowie den dringenden Schutz der Einsatzkräfte von UN sowie diverser weiterer NGOs ein.

- Wir möchten, dass Israel internationale Journalist:innen und Kriegsberichterstatter:innen die Einreise nach Gaza, ins Westjordanland

und andere besetzte Gebiete genehmigt, diese schützt und eine neutrale Berichterstattung ermöglicht.

- Wir setzen uns, wie wir im Rahmen unseres BDK-Antrags bereits einstimmig beschlossen haben, für eine 2-Staaten-Lösung – Israel und Palästina – ein.

- Aufgrund von gezielten Tötungen von Palästinenser:innen im Westjordanland durch IDF und gewalttätige jüdische Siedler wird erwartet, dass Anthony Blinken in den nächsten Tagen Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen das „Netzach Jehuda"-Bataillon der israelischen Streitkräfte ankündigen wird. Es wäre das erste Mal, dass die USA Sanktionen gegen eine israelische Militäreinheit verhängen. Diese Maßnahmen würden die Mitglieder des Bataillons von militärischer Unterstützung oder Ausbildung durch die USA ausschließen. Für uns Grüne ist es nach diesem bereits seit sechs Monaten andauernden Zerstörungskrieg mit mehr als 38.000 getöteten Palästinenser:innen, davon allein 14.000 Kinder, und über 12.000 verletzten Kindern, unerlässlich die bisherige Waffenlieferung nach Israel zu hinterfragen, zu bewerten und die Strategie dahinter zu evaluieren. Bis zum Vorliegen einer wertebasierten und feministischem wissenschaftlichen Aufarbeitung der bisherigen Waffenlieferungen nach Israel, setzen wir uns zunächst für eine Aussetzung der Waffenexporte nach Israel ein.

## Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Seit Antragsschluss am 05.04.2024 hat mit der Eskalation zwischen Israel und Iran die Brutalität der Auseinandersetzung im Nahen Osten weiter zugenommen. Eine Ausweitung des Nahostkrieges muss dringend verhindert und die vor diesem Hintergrund zugespitzte Situation der Menschen in Gaza und im Westjordanland verbessert werden. Am 22.04.2024 wurde zudem in verschiedenen seriösen US-Medien sowie im deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunk über die Entscheidung der amerikanischen Regierung berichtet, Sanktionen gegen das „Netzach Jehuda"-Bataillon der israelischen Streitkräfte wegen Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland anzukündigen.

Begründung: erfolgt mündlich

## Unterstützer*innen

Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Linus Sage (KV Hamburg-Harburg); Klaus-Joachim Reinig (KV Hamburg-Altona); Massieh Zare (KV Hamburg-Mitte); Farid Abdullah Najem (KV Hamburg-Mitte); Heike Dahlgaard (KV Hamburg-Mitte); Urte Manjowk (KV Hamburg-Mitte); Sami Khokhar (KV Hamburg-Wandsbek); Otfried Hilbert (KV Hamburg-Wandsbek); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona)